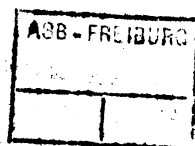


PALÄSTINA - NACHRICHTEN

Extra



14.3.74

zeitung des palästinakomitees freiburg

Schluß mit den Schikanen durch das Amt für öffentliche Ordnung

Hunderte von Palästinensern wurden 1972 in Nacht- und Nebelaktionen verhaftet und innerhalb weniger Stunden zum Flughafen transportiert und abgeschoben. In vielen Fällen war den Betroffenen es nicht möglich, einen Rechtsanwalt zu erreichen und gerichtliche Schritte zu unternehmen. Einer der betroffenen Palästinenser war Muhammad Abdelaziz. Im Sommer 72 war er in den Ferien zu Hause. Als er wieder in die BRD einreisen wollte um sein Studium fortzusetzen, wurde er nach Tripolis abgeschoben. Einzige Begründung: Muhammad war Mitglied der GUPS, der gewerkschaftlichen Organisation aller palästinensischer Studenten gewesen.

Vom Ausland aus versuchte er, durch eine Reihe von Gerichtsverfahren sein Recht auf Wiedereinreise zu erkämpfen: Am 3.12.73 bestätigte ein Gericht in Münster die Ausweisung Muhammads unwiderruflich, nachdem ihm bereits ein Gericht in Köln am 27.7.73 grundsätzlich recht gegeben hatte. Federführend in diesem Verfahren war das Freiburger Amt für öffentliche Ordnung als Ausländerbehörde. Noch im Oktober 72 erklärte Dr. Brugger vom Amt für öffentliche Ordnung, es habe keine ausländerrechtlichen Maßnahmen gegen M. unternehmen und sei sowieso nicht zuständig. Aber gerade auf dieser Zuständigkeit beharrte das AfÖ als es darum ging, M. die erforderliche Aufenthaltsgenehmigung zu verweigern und als es dem Gericht weitere Beweise für M.s "gefährliche Tätigkeit" vorlegte. Wie: Teilnahme an einer Demonstration, Teilnahme an einer Podiumsdiskussion, gute Beziehungen zum Südwestfunk und DGB, Auftritt in einer Panoramasendung (was nicht stimmt).

Nachdem das Freiburger Palästinakomitee in den vergangenen Wochen über diese Vorgänge auf Veranstaltungen, in Flugblättern und mit Ständen in der Innenstadt informiert hatte, wurde es den Herren Beamten im AfÖ doch mulmelig. Am 4.3. war in der Bad. Zeitg. folgendes zu lesen:

"Die Freiburger haben nach Ansicht des Amtes für öffentliche Ordnung zu wenig Verständnis für zwingende behördliche Anordnungen und Maßnahmen".

Damit, daß die Bevölkerung kein Verständnis für diese Tätigkeit hat, hat Dr. Gress allerdings völlig recht. Als einzelne stehen wir diesem Amt völlig hilf- und machtlos gegenüber. Die Art und Weise, wie in diesem Amt Entscheidungen fallen, ist völlig undurchsichtig, darauf haben wir keinerlei Einfluß. Niemand von uns weiß, ob nicht sein Telefon abgehört oder seine Briefe geöffnet werden. Wir kriegen nur fertige Ergebnisse präsentiert, wie z.B. eine plötzliche Abschiebung bei Nacht und Nebel. Freilich haben wir alle - juristisch gesehen - das Recht auf Widerspruch, wenn, wie Gress es ausdrückte, "naturgemäß recht häufig in die Privatsphäre der Menschen eingegriffen wird". Doch was es damit

auf sich hat, sagt er selbst: "Wenn dieser Widerspruch nicht im Sinne des betroffenen Bürgers ausgeht, kann er zum Verwaltungsgericht und ... weitere Rechtsinstanzen anrufen". Zynisch weist Gress aber darauf hin, daß das Gesetz, daß die Justiz auf Seiten des Amtes steht: B.Z. 4.3.

"Die Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nur ein geringer Anteil von Verfahren zu Ungunsten der Behörden ausgeht. In nahezu allen Fällen seien die rechtlichen Vorschriften so zwingend, daß das Gericht gar nicht anders entscheiden könne als die Behörde."

In besonderer Weise sind die Ausländer von den Maßnahmen dieser Behörde betroffen. Sie stehen der Behörde schon wegen sprachlicher Schwierigkeiten und wegen Unkenntnis ihrer formalen Rechte noch hilfloser als wir gegenüber. Wir alle wissen, daß das Ausfüllen von Formularen einen zur Verzweiflung treiben kann.

Für die Ausländer ist der Papierkrieg noch schlimmer: Sie brauchen eine Vielzahl von Genehmigungen, Erlaubnissen und Bestätigungen. Und sehr schnell geraten sie in einen Teufelskreis: Ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeitserlaubnis und ohne Arbeitserlaubnis keine Aufenthaltsgenehmigung. In diesem Teufelskreis geraten vor allem diejenigen Ausländer, die sich gewerkschaftlich und politisch betätigt haben. Wird beispielsweise einem ausländischen Arbeiter gekündigt, weil er sich an einem Streik beteiligt hat, so kann er mit Sicherheit damit rechnen, daß er keine weitere Arbeitserlaubnis erhält und seine Aufenthaltsgenehmigung entzogen wird. Besonders gefährlich sind für die Interessen der westdeutschen Unternehmer solche Ausländer, die aus eigener Anschauung wissen, wie sich die westdeutschen Konzerne in ihrem jeweiligen Heimatland verhalten.

- Der Vertreter der spanischen Einheitsfront FRAP wurde letzte Woche festgenommen, einen Tag vor einer geplanten Veranstaltung in Freiburg, wo er als Redner auftreten sollte.
- Gegen den Iranischen Studentenverband CISNU mehren sich die Verbotsdrohungen seitens der Regierung, viele ihrer Demonstrationen sind in letzter Zeit verboten worden.
- Die demokratischen Organisationen der Palästinenser GUPA und GUPS sind schon 1972 verboten worden.

Veranstaltung:

- Freie Einreise für Muhammad
- Schluß mit der Bespitzelung des Palästina-Komitees

<p>Freitag 20⁰⁰ 15. 3. Raum: 1 0 1 5</p>

- Chilenische Demokraten, die auf der Flucht vor dem faschistischen Terror des Pinochet-Regimes Asyl suchen, werden bei uns vom Verfassungsschutz verhört und eine Reihe an der Grenze wieder abgewiesen - es sei denn, sie sind gute Techniker, die man profitabel einsetzen kann.
- Gegen das Palästina-Komitee hat das AfÖ heimlich die Bespitzelung und Überwachung angeordnet und versucht die Mitglieder einzuschüchtern und Araber an der Mitarbeit zu hindern. Dies ging solange gut, wie dieses

Dies ging solange gut, wie dieses Treiben nicht bekannt wurde. Das Palästina-Komitee hat sich aber nicht einschüchtern lassen. Wir vertrauen darauf, daß die Bevölkerung es nicht widerstandslos hinnehmen wird, wenn unliebsame Informationen unterdrückt werden sollen - wenn ihr Informationen vor-
 enthalten werden sollen.

Einer der Hauptverantwortlichen dafür, daß Muhammad bis heute nicht frei einreisen darf, daß hier in Freiburg die Ausländergesetze mit aller Schärfe angewandt werden und daß das Palästina-Komitee bespitzelt wird, ist der Stadtoberrechtsrat im AfÖ Dr. Brugger. Wir verlangen, daß dieser Beamte entlassen wird.

Laßt die Wahrheit nicht unterdrücken!

Kommt zur Veranstaltung am Freitag.

Das Komitee trifft sich regelmäßig
 Dienstag 20⁰⁰ in der
 Alten Uni.

Interessierte sind herzlich eingeladen.